

## BESCHLUSS DES ARBEITSKREISES 2 UMWELT, ENERGIE, LANDWIRTSCHAFT, VERKEHR

März 2017

### » KLIMAKRISE STOPPEN KLIMAFREUNDLICHE LANDWIRTSCHAFT FÖRDERN

#### Landwirtschaft: Teil des Problems und der Lösung

Die absehbaren Schäden, die die Klimakrise verursachen wird, zeigen, dass wir schnell handeln müssen – und zwar in allen Bereichen. Daher einigten sich Ende 2015 auch über 150 Vertragsstaaten bei den Klimaverhandlungen in Paris darauf, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad zu begrenzen und „möglichst“ 1,5 Grad anzustreben.

Deutschland hat sich verpflichtet, seine Treibhausgasemissionen (THG) im Vergleich zu 1990 bis 2020 um 40 Prozent zu senken. Das entspricht nicht weniger als 500 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> Äquivalent – so viel, wie die Niederlande insgesamt pro Jahr ausstoßen. Bis 2050 sollen die THG Emissionen gegenüber dem Jahr 1990 um 80 bis 95 Prozent verringert werden.<sup>1</sup> Dieser Herausforderung wollen wir uns stellen. Wir haben keine Zeit zu verlieren. Sicher ist: Klimaschutzziele werden sich nicht dadurch erfüllen lassen, dass man sie einfach immer wieder aufschreibt. Und: Die Energiewende wird nicht ausreichen, um die Klimakrise zu stoppen. Sie braucht die Unterstützung der anderen Wirtschaftsbereiche – gerade auch der Landwirtschaft. Wir brauchen eine Agrarwende hin zu einer Landwirtschaft, die umwelt- und klimafreundlich arbeitet.

Kein anderer Bereich ist so unmittelbar auf den Erhalt unserer Lebensgrundlagen angewiesen wie die Landwirtschaft. Die Landwirtschaft ist schon heute Leidtragende der Klimakrise. In den letzten 15 Jahren mussten Bäuerinnen und Bauern durchschnittliche jährliche Ertragsausfälle von ca. 470 Millionen Euro verkraften – infolge von Wetterextremen wie Dürre, Hagel und Starkregen.<sup>2</sup> Das Umweltbundesamt (UBA) warnt, Trockenheit könne künftig gerade in Ost- und Südwestdeutschland zu „verminderter Erntequalität und geringerem Ertrag führen. Häufigere Extremwetterereignisse (...) können Bodenerosion verstärken“<sup>3</sup>.

Umso frappierender ist es, dass die Art und Weise, wie wir Landwirtschaft momentan betreiben, die Klimakrise über zahlreiche Wege verschärft – und dass der relative Beitrag der Landwirtschaft an den THG-Emissionen in Deutschland steigt<sup>4</sup>. Dabei bestehen viele Möglichkeiten, wie der Sektor zum Klimaschutz beitragen kann.

---

<sup>1</sup> Osterburg, B. et al. (2013): Szenarioanalysen zur Minderung von Treibhausgasemissionen der deutschen Landwirtschaft im Jahr 2050, Thünen Report 13, Braunschweig

<sup>2</sup> [https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/monitoringbericht\\_2015\\_zur\\_deutschen\\_anpassungsstrategie\\_an\\_den\\_klimawandel.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/monitoringbericht_2015_zur_deutschen_anpassungsstrategie_an_den_klimawandel.pdf)

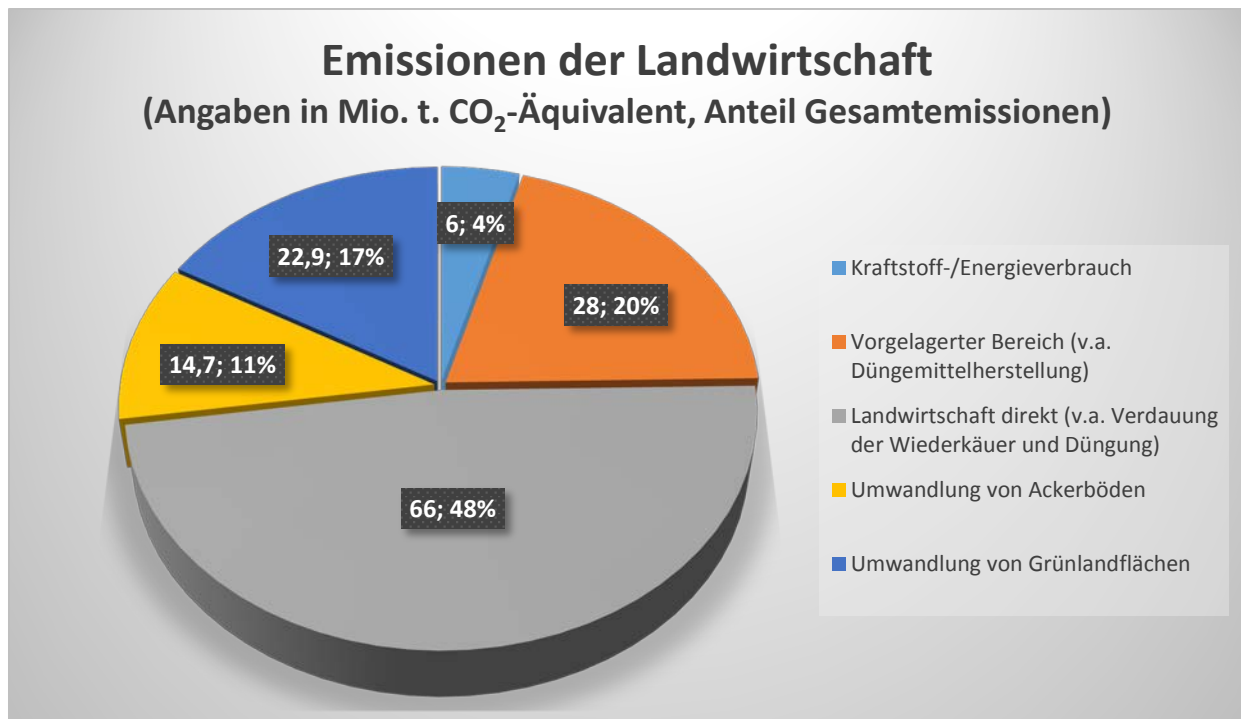
<sup>3</sup> [https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/377/publikationen/170123\\_uba\\_fb\\_landwirtschaftumwelt\\_bf.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/377/publikationen/170123_uba_fb_landwirtschaftumwelt_bf.pdf)

<sup>4</sup> [https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/20170105\\_agrarwende\\_2050\\_lf.pdf](https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/20170105_agrarwende_2050_lf.pdf)

Um die durch die Landwirtschaft verursachten Emissionen in Deutschland realistisch einzuschätzen, muss man den vorgelagerten Bereich (beispielsweise die Dünge- und Pestizidherstellung), den freiwerdenden Kohlenstoff zum Beispiel bei der Umwandlung von Moorböden in Ackerland und den Kraftstoff- und Energieverbrauch miteinbeziehen. Zusammen ergeben sich dadurch THG-Emissionen in Höhe von knapp 140 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent<sup>5</sup>. Damit wäre der Agrarsektor in Deutschland für 15 Prozent der gesamten THG-Emissionen verantwortlich. Besonders ins Gewicht fallen dabei:

- Methan-Emissionen aus der Rinderhaltung; wobei Rinder, die auf der Weide gehalten werden, auch unerlässlich dafür sind, CO<sub>2</sub>-bindendes Grünland zu erhalten
- entstehende Lachgasemissionen bei der Düngung und
- freiwerdende Emissionen bei der Umwandlung von Grünland und Moorböden in Ackerflächen.

Auch in dieser Berechnung fehlt jedoch die Menge an Treibhausgasen, die sich dadurch ergibt, dass in anderen Teilen der Welt Futter angebaut wird für die Tiere in der hiesigen Landwirtschaft – und zwar auf satten 2,5 Millionen Hektar.<sup>6</sup>



Quelle: Eigene Darstellung, Wissenschaftlicher Beirat Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlicher Verbraucherschutz und Wissenschaftlicher Beirat Waldpolitik beim BMEL (2016): Klimaschutz in der Land- und Forstwirtschaft sowie den nachgelagerten Bereichen Ernährung und Holzverwendung. Gutachten. Berlin.

Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt und der Bauernverband sind noch immer der Meinung, die Landwirtschaft in Deutschland müsse von einer fortschrittlichen Klimapolitik ausgenommen werden – unter anderem mit dem absurden Argument, deutsche Agrarexporte trügen zur Sicherung der Welternährung bei. Für die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen ist hingegen klar: Die industrielle

<sup>5</sup> [http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ministerium/Beiraete/Agrarpolitik/Klimaschutzgutachten\\_2016.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ministerium/Beiraete/Agrarpolitik/Klimaschutzgutachten_2016.pdf?__blob=publicationFile)

<sup>6</sup> [http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ministerium/Beiraete/Agrarpolitik/Klimaschutzgutachten\\_2016.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ministerium/Beiraete/Agrarpolitik/Klimaschutzgutachten_2016.pdf?__blob=publicationFile), S. 14.

Landwirtschaft ist mitverantwortlich für die Klimakrise und ihre weltweiten Folgen wie Dürren, Stürme, Hochwasser und die Zerstörung der Lebensgrundlagen von Menschen in anderen Teilen der Welt. Echter Klimaschutz kann nur dann erreicht werden, wenn die Landwirtschaft ihre Verantwortung ernst nimmt und in die Anstrengungen einbezogen wird, unser Klima zu schützen.

## Treibhausgase in der Landwirtschaft im Überblick

Vor allem bei den folgenden landwirtschaftlichen Aktivitäten und Prozessen entstehen THG:

### 1. Landnutzung und Landnutzungsänderungen

In Deutschland wird auf mehr als der Hälfte der Fläche Landwirtschaft betrieben; 12 Millionen Hektar werden für den Ackerbau genutzt. Für Ackerböden wurden Weiden und Wiesen umgebrochen und Moore trockengelegt, wodurch enorme Mengen an Treibhausgasen freigesetzt wurden. Die aus der Nutzung und Umnutzung von Land resultierenden Treibhausgasemissionen sind mit knapp 40 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent pro Jahr immens. Das ist mehr als doppelt so viel wie die Anlagen der chemischen Industrie allein in Deutschland jährlich emittieren.<sup>7</sup>

Allein die landwirtschaftliche Nutzung von Moorböden als Acker- und Grünland verursacht etwa ein Drittel der landwirtschaftlichen Treibhausgasemissionen in Deutschland und etwa vier Prozent der gesamten deutschen Treibhausgas-Emissionen. Laut UBA befinden sich 90 Prozent der Moore in Deutschland nicht mehr in ihrem natürlichen Zustand. Und das Dauergrünland geht in alarmierendem Tempo zurück: Von über 5,3 Millionen Hektar im Jahr 1991 nach 4,7 Millionen Hektar im Jahr 2015.<sup>8</sup> Dabei sind vor allem Moorböden und extensives Grünland relevante Kohlenstoffspeicher.<sup>9</sup> Würde man etwa alle Moorböden vollständig auf naturnahe Wasserstände vernässen, könnte man damit die Klimabilanz Deutschlands um jährlich bis zu 35 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent verbessern.<sup>10</sup>

Ackerböden haben – nach Wüsten und Halbwüsten – den niedrigsten Gehalt an Kohlenstoff. In Europa beträgt der Kohlenstoffgehalt auf fast der Hälfte der Bodenfläche nur 2 Prozent oder weniger. Viele Böden verlieren an Humussubstanz und damit auch – langfristig – an Fruchtbarkeit. Durch den Aufbau von Dauerhumus und humussteigernde agrarökologische Bewirtschaftungsmethoden lässt sich Kohlenstoff aus der Atmosphäre dauerhaft in Ackerböden binden, insbesondere in tieferen Bodenschichten. Maßnahmen zur Erhöhung des Humusgehalts verbessern außerdem die Wasseraufnahmekapazität und Beständigkeit von Böden gegenüber Trockenheit, Erosion und Wetterextremen und sind damit gleichzeitig eine Maßnahme der Anpassung an die Folgen des Klimawandels.

Während im Bereich der Landnutzungsänderungen in Deutschland vor allem die landwirtschaftliche (Um-)Nutzung von Mooren und Grünland für den massiven Ausstoß von THG verantwortlich ist, ist es

<sup>7</sup> [https://www.dehst.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/VET-Bericht\\_2015.pdf?\\_\\_blob=publication-file](https://www.dehst.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/VET-Bericht_2015.pdf?__blob=publication-file)

<sup>8</sup> <https://www.umweltbundesamt.de/daten/land-forstwirtschaft/landwirtschaft/gruenlandumbruch#textpart-2>

<sup>9</sup> <https://www.lgi.geographie.uni-kiel.de/de/aktuelles/dateien-aktuelles/boden-und-klima-europaeische-kommission-2011>

<sup>10</sup> [https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/377/publikationen/170123\\_uba\\_fb\\_landwirtschaftumwelt\\_bf.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/377/publikationen/170123_uba_fb_landwirtschaftumwelt_bf.pdf)

global gesehen die Abholzung von Wäldern für Futtermittelanbauflächen und Palmölplantagen.<sup>11</sup> Das Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) beziffert allein das Treibhauspotenzial, das sich aus dem Transport von Futtermitteln nach Deutschland ergibt, auf mindestens 6 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalenten. Dadurch erhöhen sich die tatsächlichen landwirtschaftlichen Emissionen in Deutschland um etwa fünf Prozent pro Jahr. Laut IÖW muss man für Futtermittelimporte sogar ein Vielfaches an Emissionen veranschlagen, wenn man zusätzlich die durch Abholzung von Wald und die durch Nutzung ehemaliger Waldböden verursachten Treibhausgasemissionen berücksichtigt.<sup>12</sup>

## 2. Übermäßiges, ungezieltes Düngen von Acker- und Weideflächen

Die schiere Menge an Stickstoff, die in Deutschland über Gülle, Mist oder Mineraldünger ausgebracht wird, übersteigt, was Pflanzen und Böden aufnehmen können – und zwar um das Doppelte.<sup>13</sup> Oftmals werden die Düngemittel außerdem ungezielt ausgebracht, zum Beispiel zu Jahreszeiten, in denen auf den Äckern gar nichts wächst.

Der von den Pflanzen ungenutzte Stickstoff landet unter anderem in der Form von Lachgas (N<sub>2</sub>O) in der Atmosphäre. Lachgas ist um das 300-fache klimaschädlicher als CO<sub>2</sub> (Nationaler Inventarbericht, 2016). Die Landwirtschaft verursacht zirka 80 Prozent der gesamten Lachgasemissionen in Deutschland. 2014 umfassten diese 31 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent. Da die Düngeregeln in Deutschland bisher sehr lax sind, schützen sie weder Klima noch Wasser.

## 3. Verdauung von Wiederkäuern

Methanemissionen (CH<sub>4</sub>) entstehen, wenn Wiederkäuer (Kühe, Schafe, Ziegen) ihr Futter verdauen. Es wirkt 25-mal so stark wie CO<sub>2</sub>.<sup>14</sup> Methanemissionen aus der Landwirtschaft machen knapp 60 Prozent der gesamten Methanemissionen aus und belaufen sich auf 25 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent. Dabei sind Milchkühe die wichtigsten Methan-Emittenten<sup>15</sup>. Methanemissionen entstehen auch beim Lagern von Festmist und Gülle.

## Der Faktor Tierhaltung

Die Tierhaltung spielt als THG-Verursacher eine gewichtige Rolle innerhalb der Landwirtschaft. Treibhausgase entstehen etwa durch das übermäßige und oftmals ungezielte Ausbringen des Düngers, den die Tiere produzieren. Sie werden außerdem von Wiederkäuern ausgestoßen.

Andere Klimafolgen der industriellen Tierhaltung sind weniger offensichtlich – aber nicht weniger schädlich. So bestimmt die Tierhaltung auch, wie die Flächen in Deutschland und anderswo bewirtschaftet werden. Die zirka 13 Millionen Rinder, 28 Millionen Schweine, 97 Millionen Masthühner und

---

<sup>11</sup> [https://www.bfn.de/fileadmin/MDB/documents/presse/2014/PK\\_Gruenlandpapier\\_30.06.2014\\_final\\_layout\\_barrierefrei.pdf](https://www.bfn.de/fileadmin/MDB/documents/presse/2014/PK_Gruenlandpapier_30.06.2014_final_layout_barrierefrei.pdf)

<sup>12</sup> [https://www.foodwatch.org/fileadmin/\\_migrated/content\\_uploads/IOEW-Studie\\_Klimawirkungen\\_der\\_Landwirtschaft\\_in\\_Deutschland\\_2008\\_01.pdf](https://www.foodwatch.org/fileadmin/_migrated/content_uploads/IOEW-Studie_Klimawirkungen_der_Landwirtschaft_in_Deutschland_2008_01.pdf)

<sup>13</sup> [https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/377/publikationen/170123\\_uba\\_fb\\_landwirtschaftumwelt\\_bf.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/377/publikationen/170123_uba_fb_landwirtschaftumwelt_bf.pdf)

<sup>14</sup> Nationaler Inventarbericht, 2016

<sup>15</sup> <https://www.umweltbundesamt.de/daten/land-forstwirtschaft/landwirtschaft/beitrag-der-landwirtschaft-zu-den-treibhausgas>

48 Millionen Legehennen, die in Deutschland gehalten werden<sup>16</sup>, brauchen Futter. Die Notwendigkeit eines großflächigen Futtermittelanbaus sorgt für starken Druck auf die Fläche. Fast die Hälfte des Ackerlandes in Deutschland (5,3 Mio. Hektar) wird genutzt, um Futtermittel anzubauen. Ökologisch wertvolle Moore und Dauergrünland mussten und müssen hierfür weichen. Auch in anderen Teilen der Welt werden für das Futter unserer Tiere Ackerflächen bereitgestellt. Nicht selten werden dafür Wälder gerodet, so etwa beim Sojaanbau in Brasilien und Argentinien. Es ist vor allen Dingen die industrielle Fleischproduktion in Deutschland, die ohne große Mengen an Futtermittelkonzentraten wie Soja nicht möglich wäre.

Das Futter, das für die Tiere in Deutschland angebaut wird, ist zum Großteil konventionell und damit treibhausgasintensiv. Er braucht Pestizide genauso wie Mineraldünger und den Einsatz schwerer Maschinen.

Studien beziffern den Anteil der landwirtschaftlichen THG in Deutschland, den die Erzeugung von tierischen Produkten inklusive Futtermitteln ausmacht, auf mindestens 70 Prozent.<sup>17</sup> Wenn wir das Klima schützen wollen, müssen wir raus aus der industriellen Massentierhaltung. Wir müssen die Tierbestände senken. Die Tiere, die wir halten, sollen wo immer möglich auf die Weide. Gerade bei Rindern gehen Klimaschutz und Tierschutz Hand in Hand: Durch eine grasbasierte und kraftfutterarmen Milchviehhaltung lassen sich klimaschutz- und tierschutzpolitische Ziele gut kombinieren.

Im ursprünglichen Entwurf des Klimaschutzplans 2050 plädierte das Bundesumweltministerium für Schulungs- und Beratungsangebote und Kampagnen, die VerbraucherInnen dabei unterstützen sollten, weniger tierische Produkte zu essen. Denn die BundesbürgerInnen essen pro Kopf im Jahr rund 60 Kilogramm Fleisch. Das ist weder gesund noch nachhaltig. Der Konsum ist aber konstant sinkend - heute werden hierzulande zehn Prozent weniger Fleisch verzehrt im Vergleich zu 1985.<sup>18</sup> Das hat nicht dafür gesorgt, die industrielle Massentierhaltung in Deutschland zu begrenzen oder gar zurückzufahren. Stattdessen erreicht der Selbstversorgungsgrad mit 120 Prozent des Eigenverbrauchs beim Fleisch immer neue Höhen – weil die Bundesregierung und die Agrarindustrie auf den Weltmarkt und steigende Exporte setzen. Das wollen wir ändern. Die Tierhaltung darf nicht weiter auf Export getrimmt werden. Die industrielle Massentierhaltung schadet uns allen – dem Klima, den Tieren und den Bäuerinnen und Bauern. Deshalb brauchen wir Maßnahmen, um die Zahl der gehaltenen Tiere zurückzufahren.

## Klimaschutzmaßnahmen – Landwirtschaft bleibt der blinde Fleck

Während für einzelne Sektoren wie die Stromerzeugung klare Klimaziele existieren, gibt es für die Landwirtschaft auf der europäischen Ebene bisher keine quantifizierten sektoralen Vorgaben. Es liegen lediglich Vorschläge seitens der EU-Kommission vor, die bis 2050 eine Senkung der Methan- und Lachgasemissionen aus der Landwirtschaft um knapp 50 Prozent gegenüber 1990 „empfehlen“. Eine Ausnahme bildet das indirekt klimarelevante Gas „Ammoniak“: Die Luftreinhalte-Richtlinie der EU

<sup>16</sup> [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/LandForstwirtschaft/ViehbestandTierischeErzeugung/Viehbestand2030410165314.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/LandForstwirtschaft/ViehbestandTierischeErzeugung/Viehbestand2030410165314.pdf?__blob=publicationFile)

<sup>17</sup> [https://www.foodwatch.org/fileadmin/\\_migrated/content\\_uploads/IOEW-Studie\\_Klimawirkungen\\_der\\_Landwirtschaft\\_in\\_Deutschland\\_2008\\_01.pdf](https://www.foodwatch.org/fileadmin/_migrated/content_uploads/IOEW-Studie_Klimawirkungen_der_Landwirtschaft_in_Deutschland_2008_01.pdf) und <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/39359/1/608950440.pdf>

<sup>18</sup> [https://www.gruene-bundestag.de/uploads/tx\\_ttproducts/datasheet/karte\\_fleisch\\_web.pdf](https://www.gruene-bundestag.de/uploads/tx_ttproducts/datasheet/karte_fleisch_web.pdf)

(NEC-Richtlinie) gibt Höchstwerte von 550 Kilotonnen pro Jahr vor. Deutschland überschreitet diese seit Jahren um 120 Kilotonnen pro Jahr, weshalb die EU ein Vertragsverletzungsverfahren prüft.

Die Bundesregierung lässt außerdem mit konkreten Maßnahmen für mehr Klimaschutz auf sich warten. Der Klimaschutzplan 2050 von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks sollte zwar schon im Juli 2016 im Kabinett verabschiedet werden, wurde dann aber letztendlich erst Ende November 2016 in entschärfter Fassung beschlossen. Die Agrarlobby und das Landwirtschaftsministerium führten letzten Endes der Bundesregierung die Feder. Deswegen sieht der Plan zwar vor, dass die unmittelbar von der Landwirtschaft emittierten Treibhausgasemission bis 2030 von derzeit 72 Mio. Tonnen auf 58 bis 61 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalente gemindert werden müssen. Alle konkreten Maßnahmen die seitens des Umweltministeriums formuliert wurden, wie etwa die Reduzierung der Stickstoffüberschüsse aus der Landwirtschaft auf 50 kg/N/ha bis 2030, wurden jedoch gestrichen. Am Status Quo wird sich somit nichts ändern.

## Klimaschutz durch eine grüne Landwirtschaft

Wir wollen eine Agrarwende – hin zu einer grünen Landwirtschaft, die das Klima- und die Umwelt schützt. Auf dem Weg dorthin müssen wir die richtigen Stellschrauben drehen. Dazu zählt unter anderem ein nationales Klimaschutzgesetz, das für alle Wirtschaftsbereiche Klimaschutzziele bis 2050 samt Zwischenzielen vorgibt und sie so in die Verantwortung nimmt.

Folgende Schritte wollen wir gehen, um eine klimafreundliche Agrarwende zu erreichen:

- **Tierhaltung – Weniger ist mehr.** Wir wollen eine Tierhaltung, die auf Qualität setzt statt auf Masse. Wie dies gelingen kann, haben wir im Pakt für faire Tierhaltung beschrieben.<sup>19</sup> Für die gegenwärtig praktizierte Tierhaltung haben wir weder die Ackerflächen, um Futtermittel umweltverträglich anzubauen. Noch wird es uns gelingen, die anfallenden Güllemassen so auszubringen, dass sie von Pflanzen und Boden tatsächlich in einem verträglichen Maß aufgenommen werden können. Aus unserer Sicht sollte daher eine Begrenzung der Tierzahl auf zwei Großvieheinheiten pro Hektar Voraussetzung für jegliche Agrarförderung sein. Ausnahmen für Investitionen in mehr Tierschutz werden als Brückenhilfe hin zu einer tiergerechteren Haltung notwendig sein, sollen aber darüber hinaus nicht verlängert werden. Darüber hinaus plädieren wir für regionale Obergrenzen. Den Bau weiterer Massentierhaltungsanlagen wollen wir eindämmen. Und: Kühe und Schafe gehören für uns auf die Weide. Wiederkäuer sind hervorragend zur Bewirtschaftung und dem Erhalt von wertvollem Grünland geeignet. Eine solche Haltung gliedert sich optimal in eine bäuerliche standortgebundene Landwirtschaft ein.
- **Moorböden schützen:** Die Nutzung der Moorböden wollen wir einschränken. Sie dürfen nicht mehr umgebrochen oder entwässert werden, sämtliche Zuschüsse zur Entwässerung solcher Böden und Direktzahlungen für Ackerbau auf Moorböden werden gestrichen. Wir wollen mit den Ländern Moorrenaturierungsprojekte entwickeln, damit bis 2020 mindestens 20 Prozent der heute extensiv genutzten Niedermoore einer natürlichen Entwicklung unterliegen. Rege-nerierbare Moorböden wollen wir dauerhaft wiedervernässen. Zudem beenden wir den in-

---

<sup>19</sup> [https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag\\_de/fraktion/beschluesse/Pakt-fuer-faire-Tierhaltung.pdf](https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/fraktion/beschluesse/Pakt-fuer-faire-Tierhaltung.pdf)

dustriellen Torfabbau bundesweit. Wo stark degradierte Moorböden nicht mehr wiedervernässt werden können, unterstützen wir eine extensive Nutzung, z.B. als Streuobstwiesen oder Weiden für Rinder oder Schafe.

- **Extensives Grünland erhalten:** Um Wiesen und Weiden und ihren Nutzen für das Klima zu erhalten, wollen wir ihren Umbruch bundesweit beenden. Erhalten hat oberste Priorität – denn auch wenn Grünland zum „Ausgleich“ neu angelegt wird, wird dabei im ersten Jahr nur halb so viel Kohlenstoff im Boden fixiert, wie bei Umbruch freigesetzt wird. Wir wollen eine verbindliche nationale Grünlandstrategie auflegen.
- **Stickstoffüberschüsse senken:** Dafür brauchen wir Regeln, die greifen – ob Düngegesetz und -verordnung oder Richtlinie der Luftreinhaltung (NEC-Richtlinie). Bei Düngegesetz und -verordnung wollen wir vor allem für belastete Gebiete eine deutliche Begrenzung der Menge an Düngemitteln, die ausgebracht werden darf. Rückgrat ist eine ordentliche Bilanzierung, die wir mit der so genannten „Stoffstrombilanz“ für alle Betriebe außer Kleinstbetriebe erreichen wollen. Besonders wichtig ist uns außerdem eine verbesserte Lagerung und Ausbringung sowie eine zügige Einarbeitung von Wirtschaftsdünger, um die Freisetzung von Lachgas zu reduzieren. Von der überarbeiteten Richtlinie der Luftreinhaltung erwarten wir uns ambitionierte, verbindliche Senkungsziele für Ammoniak aus der Landwirtschaft. Eine Stickstoffüberschussabgabe wollen wir prüfen.
- **Gesunde Böden:** Wir wollen Forschung und Beratung im Bereich der humussteigernden, agrarökologischen Bewirtschaftungsmethoden ausbauen und stärken. Zu diesen Methoden gehören Mischkulturen und ganzjährige Bodenbedeckung ebenso wie Fruchtfolgen und Agroforstsysteme.  
Auch ein vielfältiges Bodenleben erhöht die Speicherkraft. Chemisch-synthetische Mineraldünger und Pestizide schädigen jedoch die Lebewesen im Boden und ihr Gesamtgefüge. Daher wollen wir ihre Verwendung deutlich reduzieren.  
Um Böden vor weiterem Schaden zu schützen, fordern wir eine EU-weite Bodenschutzrichtlinie sowie eine Honorierung von Maßnahmen zum Humusaufbau auf sehr humusarmen Böden im Rahmen einer reformierten Förderstruktur der GAP. Zudem müssen die Maßgaben für Böden in der so genannten „Guten Fachlichen Praxis“ konkretisiert und Verstöße sanktioniert werden.
- **Klimafreundlich fördern:** Bei einer künftigen Reform der Agrarpolitik auf EU-Ebene (ab 2020) setzen wir uns dafür ein, dass nur noch solche Betriebe gefördert werden, die auch klimafreundlich wirtschaften. Generell soll es nach 2020 Agrarförderung nur noch für Betriebe geben, die sich im Bereich Klima-, Umwelt-, Natur-, und Tierschutz engagieren und Arbeitsplätze schaffen. Bereits jetzt fordern wir aber, die bestehenden Spielräume zu nutzen und 15 Prozent der EU-Gelder aus der ersten in die zweite Säule zu schieben. Damit steht mehr Geld für so genannte Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen zur Verfügung. Bundesmittel müssen insbesondere kostspielige Vorhaben flankieren, wie die Renaturierung von Moorböden.
- **Ökolandbau stärken:** Laut dem Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) ist der Ökolandbau um 15 bis 20 Prozent „klimafreundlicher“ als die konventionelle Landwirtschaft.<sup>20</sup> Das liegt am besseren Humusaufbau und den niedrigeren Lachgasemissionen. Wir wollen den

<sup>20</sup> [https://www.ioew.de/fileadmin/user\\_upload/DOKUMENTE/Publikationen/2008/foodwatch\\_report.pdf](https://www.ioew.de/fileadmin/user_upload/DOKUMENTE/Publikationen/2008/foodwatch_report.pdf)

Ökolandbau bis 2025 auf mindestens 20 Prozent der Fläche sehen. Dafür wollen wir in den nächsten sieben Jahren eine Milliarde Euro in den Ökolandbau investieren.

- **Lebensmittelverschwendung eindämmen:** Allein in Deutschland landen im Jahr rund 18 Millionen Tonnen an Nahrung im Müll, 10 Millionen Tonnen davon wären vermeidbar<sup>21</sup> - und damit verbunden auch eine Menge Einsparpotential an unnötigen THG-Emissionen, die bei der Erzeugung der Lebensmittel entstehen. Die Wissenschaftlichen Beiräte für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz sowie für Waldpolitik beim BMEL gehen davon aus, dass durch eine Vermeidung aller Lebensmittelverluste allein in Privathaushalten THG-Einsparungen in Höhe von 12 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente pro Jahr realisierbar wären.<sup>22</sup> Ebenso wie die EU-Kommission haben wir das Ziel, Lebensmittelabfälle in der EU bis 2020 zu halbieren. Und wir wollen dafür alle in die Pflicht nehmen: Mit verbindlichen, branchenspezifischen Reduktionszielen auf sämtlichen Stufen der Wertschöpfungskette.
- **Sauber bilanzieren:** Im Moment werden bei der THG-Inventarisierung in Deutschland viele Emissionen anderen Sektoren zugerechnet – obwohl sie für eine ordentliche Treibhausgasbilanz der Landwirtschaft zugeschrieben werden müssten. Für uns ist aber klar: Nur was gut gemessen wird, kann auch gut gemanagt werden. Wir wollen daher neben der Inventarisierung gemäß der Vorgaben des Intergovernmental Panel on Climate Change eine umfangreiche Bilanzierung etablieren, bei der alle landwirtschaftlichen Emissionen auch tatsächlich bei der Landwirtschaft verbucht werden.

**CO<sub>2</sub>-Senkenfunktion stärken:** Auf europäischer Ebene setzen wir uns dafür ein, dass der so genannte LULUCF-Sektor (Treibhausgase aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und der Forstwirtschaft) langfristig eine stabile negative Emissionsbilanz aufweisen und damit seine Senkenfunktion wahrnehmen wird. Wir setzen uns dafür ein, dass die Belange der Ökologie und des Klimaschutzes nicht gegeneinander ausspielt und insbesondere ein Anrechnung von Emissionsminderungen, die nur auf dem Papier existieren, sicher ausgeschlossen werden. Der LULUCF-Sektor muss sich selbstständig an der Begrenzung der Erderhitzung auf deutlich unter 2 Grad beteiligen und darf im EU Energie- und Klimarahmen nicht zur Schwächung der Emissionsreduktionen anderer Sektoren missbraucht werden. In der anstehenden Entscheidung zur Minderung der Treibhausgasemissionen im Nichtemissionshandelsbereich (Effort Sharing) muss eine Anrechnung auf die Minderungsleistungen anderer Sektoren ausgeschlossen werden.

Die Treibhausgasreduzierungen im LULUCF-Sektor sollten z.B. durch einen stetigen europaweiten Auf- und Ausbau der Holzreserven im Wald und in langlebigen Holzprodukten, eine Wiedervernässung von Mooren und Feuchtgebieten sowie eine nachhaltige und ökologische Landbewirtschaftung geschehen. Wir sind der Überzeugung, dass bestehende EU-Fördermechanismen wie die GAP, Life+ oder ELER konsequent an den Erfordernissen des Klimaschutzes ausgerichtet werden sollten und fordern die EU-Kommission auf, eigene Förderinstrumente zu entwickeln, die gezielt und langfristig die Senkenfunktion für CO<sub>2</sub> des LULUCF-Sektors stärken.

<sup>21</sup> [https://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/WWF\\_Studie\\_Das\\_grosse\\_Wegschmeissen.pdf](https://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/WWF_Studie_Das_grosse_Wegschmeissen.pdf)

<sup>22</sup> [http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ministerium/Beiraete/Agrarpolitik/Klimaschutzgutachten\\_2016.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ministerium/Beiraete/Agrarpolitik/Klimaschutzgutachten_2016.pdf?__blob=publicationFile)